

unterzeichnete Bekenntnis zum Bundesstaat günstig beeinflusst wird. Außerdem haben die Deutschnationalen einen besonders erfolgversprechenden Schwachpunkt durch die Aufstellung des rühmlichst bekannten Afrika-Kämpfers v. Lettow-Vorbeck als Spitzenkandidaten in Oberbayern-Schwaben und Niederbayern-Oberpfalz. Die Presse der Bayerischen Volkspartei meint zu dieser Kandidatur, daß sie „im Rahmen der bayerischen Gesamtentwicklung an und für sich reichlich ausfallend ist“. Darin verrät sich eine gewisse Unbehagen darüber, daß v. Lettow-Vorbeck kein bayerischer Eigenkämpfer ist. Das Gewicht der Tatsache, daß der Name v. Lettow-Vorbeck als der eines ganz hervorragenden deutschen Offiziers aus dem Weltkrieg in allgemeiner hoher Achtung steht, ist aber so gewaltig, daß die genannte Presse eine direkte Ablehnung nicht auszusprechen wagt, sondern sich zu der wenn auch verlausulierten Anerkennung bereifindet, daß die Erhebung des Afrika-Kämpfers auf den deutschnationalen Schild „in Bayern immerhin auch außerhalb der deutschnationalen Parteigänger einen gewissen Verdienst bezeugt“.

Die Stellung der Deutschen Volkspartei in Bayern war erschwert worden durch den auffällig scharfen einheitsstaatlichen Vorstoß, den der Abgeordnete Dr. Cremer im Reichstage bei der Aussprache über die Länderkonferenz unternehmen hatte. Um diese Schwierigkeiten beseitigen zu helfen, wurde Dr. Stresemann in Verlon als vorkandidatiger Spitzenkandidat in den gleichen Wahlkreisen wie der General v. Lettow-Vorbeck aufgestellt. Unmittelbar hinter Dr. Stresemann wurde der General v. Schoch auf die Wahlliste gesetzt, der seinerzeit gegen die Rede Dr. Cremer's scharfsten Protest eingeleitet hatte. Dr. Stresemann sprach sich bei seiner jüngsten Anwesenheit in München zum Kapitel Einheits- oder Bundesstaat in einer einem Pressevertreter gewährten Unterredung dahin aus, die süddeutsche, insbesondere die bayerische Kultur,

habe für die geistige und kulturelle Entwicklung Gesamtdeutschlands so viel getan, daß der Schutz der Stammeseigenart aus kulturellen Gründen, aber auch im Sinne einer organischen politischen und nationalen Entwicklung des ganzen Volkstums erforderlich sei; erst die Verbindung der süddeutschen Kultur, ihrer Kunst und ihrer Geistigkeit mit der gemäßigten Herabheit des norddeutschen Lebens gebe den guten deutschen Klang. Auf Seiten der Bayerischen Volkspartei erblickt man in der Kandidatur Stresemann den Versuch, „in Anknüpfung an die geschichtlichen Traditionen der bayerischen Liberalen, den Liberalismus Bayerns wieder frisch zu beleben und aus seiner Ohnmacht emporzuführen zu neuer Macht und Geltung“. Das offizielle Organ der Bayerischen Volkspartei glaubt aber nicht, daß dieser Versuch von Erfolg gekrönt sein werde. Es gibt zwar zu, daß die Kandidatur Stresemann der Deutschen Volkspartei in organisatorischer Hinsicht nützlich sei, allein mehr als ein bescheidenes Ergebnis werde dieser Partei bei den Wahlen nicht zufließen. Der Liberalismus in Bayern gehöre als ausschlaggebende Richtung der Vergangenheit an, und erst recht in der heutigen Zeit, in der die Schulfrage und die Frage des zukünftigen staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern die Weisheit in Bayern mehr denn je geistig habe. Wenn das stimmt, so hätte, sollte man meinen, für die Deutsche Volkspartei in der weiß-blauen Stammesmark um so mehr Verantwortung vorliegen müssen, sich um ein Wahlkommen mit den Deutschnationalen zu bemühen, wie es von den Vertrauensmännern des Pfälzischen Bauernbundes gleich nach der Reichstagsauflösung in richtiger Würdigung der gemeinsamen Grundlage vaterländischer Notwendigkeiten gefordert wurde. Von einem überparteilichen nationalen Standpunkte aus bleibt es zu bedauern, daß ein solches Abkommen nicht verwirklicht worden ist.

Katastrophale Moorbrände in Holland.
Amsterdam, 4. Mai. In der Provinz Drenthe sind Moorbrände ausgebrochen, die den Charakter einer katastrophalen Wirbelwinde haben. Die Brandherde schick nach allen Richtungen ausgedehnt. Eine ganze Anzahl von Dörfern ist von den Flammen umzingelt, und zahlreiche Häuser sind vom Feuer ergriffen worden. Die Lage läßt sich jedoch noch nicht übersehen, weil die Ortschaften in dichte Rauchwolken eingehüllt sind. In den Kanälen wurden zahlreiche Schiffe, die von dem Feuer bedroht wurden, unter Wasser gesetzt. Der Minister des Innern hat sich heute nachmittag in die Provinz Drenthe begeben. (W.T.G.)

Die in der Umgebung der Stadt Emmen wütenden Moorbrände haben eine solche Heftigkeit angenommen, daß nunmehr etwa 1000 Häuser vom Feuer bedroht sind. Die über der Stadt lagernden Rauchwolken sind so dicht, daß man sich in eine Sonnenfinsternis verfallen könnte. Die Bevölkerung hat ihre Wohnungen auf einer mehrere Kilometer langen Strecke verlassen. Fünf Arbeiter, die in dem brennenden Moor arbeiteten, werden vermisst.

Unfall beim Artillerieschießen.
Berlin, 4. Mai. Ein ernstes Vorkommnis ereignete sich bei Wilhelmshaven. Dort übte die Reichswehr mit den Geschützen der Großen Batterie. Die Granaten gingen dabei dicht über Gruppen von Notstandsarbeitern hinweg, die beim Beschuss beschäftigt waren. Schließlich soll sogar eine Granate über den Rücken der Arbeiter explodiert und ein Arbeiter am Arm verletzt worden sein. Wie der Vorfall bei der sorgfältigen Abgrenzung des Geschützes möglich war, steht noch nicht fest. Ergänzende Meldungen sind bei der zuständigen Berliner Stelle noch nicht eingelaufen. Man glaubt, daß die zweite Marineartilleriebrigade Schießübungen auf ein Lustspiel vorgenommen hat. Ungeklärt ist es aber noch, wie sich der Unfall ereignete. Es wäre möglich, daß ein Frühreplerer vorgekommen ist. Die Untersuchung soll so schnell wie möglich abgeschlossen werden.

Uman Wlachs Moskauer Verhandlungen.
Kowno, 4. April. Wie aus Moskau gemeldet wird, hatte der König von Albanien am heutigen Freitag eine einseitig-ständige Unterredung mit dem Außenkommissar. Die Unterredung, an der auch der deutsche Gesandte in Kabul, der albanische Gesandte in Moskau sowie Mitglieder des Außenkommissariats teilnahmen, bezog sich hauptsächlich auf die Verlängerung des russisch-albanischen Handelsvertrages und die Unterzeichnung des Handelsvertrages.

Rußland verkauft weitere Kronjuwelen.
London, 4. Mai. Die kritische Wirtschaftslage der Sowjetregierung und die dringende Notwendigkeit der Beschaffung ausländischer Währung für die Aufnahme neuer ausländischer Kredite wird durch den Verkauf von Kronjuwelen verstärkt. Die russische Regierung hat sich bereit erklärt, weitere Kronjuwelen zu verkaufen. Der Verkauf eines englischen Diamantensubstrats ist mit einem Kreditbrief von 20 Millionen Mark nach Moskau abgereicht, um Verhandlungen über die Ankaufe eines weiteren Teiles der Kronjuwelen zu führen. Auch mit Vertretern verschiedener anderer internationaler Gruppen hat die Sowjetregierung Verhandlungen eingeleitet.

Reparationserleichterungen für Bulgarien?
Mit Rücksicht auf die Erdbebenkatastrophe.
London, 4. Mai. Im Oberhaus fand gestern eine Debatte über die Tätigkeit der Internationalen Kommission in Bulgarien und die Reparationsfähigkeit Bulgariens statt. Lord Newton richtete an die Regierung die Frage, ob die Internationalen Kommission im Hinblick auf die katastrophalen Naturkatastrophen in Bulgarien eine Verkleinerung der nächsten im Oktober fälligen Reparationszahlung Bulgariens empfohlen habe und ob die britische Regierung einen solchen Vorschlag wohlwollend prüfen wolle. Lord Cusden erwiderte für die Regierung, daß keine solche Empfehlung der Internationalen Kommission gemacht und jedenfalls nicht bei der englischen Regierung eingegangen sei. Ein solcher Vorschlag müßte überdies nicht der britischen Regierung, sondern der Reparationskommission in Paris unterbreitet werden. Die Entscheidung liege daher gleichfalls bei jener. Wenn der britischen Regierung die Unterlagen für entsprechende Vorschläge unterbreitet würden, werde sie aber, wie er überzeugt sei, etwaige Empfehlungen über Erleichterungen für Bulgarien nicht ohne Wohlwollen behandeln.

Sozialistischer Wahlbetrug in Oesterreich.
Berlin, 4. Mai. Wie dem „Berliner Lok.-Anzeiger“ aus Graz berichtet wird, haben sich bei den letzten Gemeinderatswahlen in der Steiermark die Sozialdemokraten eines unerhörten Wahlbetrugs schuldig gemacht. In Dietmannsdorf hatte der Bürgermeister des Ortes, der Sozialdemokrat Widling, als Vorsitzender der Wahlkommission im Wahllokal mehreren Wählern Umschlüsse ausgehändigt, die bereits einen für den sozialdemokratischen Kandidaten ausgefüllten Stimmzettel enthielten. Diese Zettel waren aber im Umschlag zusammengeklebt, so daß die betreffenden Wähler die Umschlüsse für leer hielten. Bei der Zählung entnahm nun Widling ihnen die Umschlüsse und ließ die Wähler vorher hineinkommen. Die Sozialdemokratischen Stimmzettel der Genosse Bürgermeister wurde daraufhin sofort verhaftet und dem Bezirksgericht eingeliefert, wo ein Verfahren wegen Betruges gegen ihn erhoben werden wird. Das gesamte Wahlmaterial wurde beschlagnahmt und die Wahl für ungültig erklärt.

Das Urteil im Düsseldorf Sachlieferungsprozeß.
Düsseldorf, 4. Mai. Heute wurde das Urteil im Sachlieferungsprozeß des Grafen d'Herbumont, Paris, dem sich die Republik Frankreich als Nebenkläger angeschlossen hatte, gegen die Kongresse des Kommerzienrats Max Falk, die Rheinisch-Westfälischen Handelskammer und die Minerva-Handelsgesellschaft und die Wolf-W. m. b. H., verkündet. Die Kläger verlangten Rückzahlung von Anzahlungen in Höhe von 5 Millionen Mark, die auf unvollständig ausgeführte Sachlieferungen der deutschen Kongresse Bezug nahmen. Die 5. Zivilkammer des Landesgerichts entschied in beiden Fällen zugunsten der Kläger. Die Falk-Gesellschaft wird zur Zahlung von rund 5 Millionen Mark an den Generalagenten für Reparationen auf Konto der Sachlieferungen verurteilt. Die beiden Urteile werden gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar erklärt.

Ein Syndikat der ostelbischen Bergwerke.
Berlin, 4. Mai. Amtlich wird mitgeteilt: Die Bergwerksbesitzer des ostelbischen Braunkohlenreviers haben sich heute nach langwierigen schwierigen Verhandlungen freiwillig zu einem Syndikat für die Dauer von fünf Jahren zusammengeschlossen. Die Einigung erfolgte mit der harten Arbeit von rund 98 Prozent der Bruttoerzeugung. Die ausstehenden Werke am Freitag, dem 4. Mai, auf Grund der Vorschriften des Kohlenwirtschaftsgesetzes dem neuen Syndikat vom Reichswirtschaftsminister durch Verordnung beigegeben worden.

Die Referenten für die Reichsreform-Probleme.

Beschlüsse der ersten Ausschußtagung.

Berlin, 4. Mai. Nach einer Mittagspause nahm der Verfassungsausschuß seine Beratungen wieder auf. Er kam überein, daß weder der Ausschuß für Verfassungsreform selbst noch ein einzulegender Unterausschuß die vorbereitenden Arbeiten für die Bewältigung der ihm obliegenden Aufgaben zu übernehmen habe, sondern griff auf das bereits gemeldete System von Referenten zurück. Die zu bearbeitenden Sachgebiete wurden folgendermaßen festgesetzt:

1. Das Verhältnis des Reiches zu den Ländern, insbesondere die Verteilung der Aufgaben und Zuständigkeiten.
2. Das Problem der kleineren, leistungsschwachen Länder und der territorialen Klärung.
3. Die allgemeine Verwaltungsreform außerhalb der Punkte 1 und 2.

Der Ausschuß bestimmte sodann die nachstehend aufgeführten Referenten und ersuchte sie, möglichst schnell, spätestens aber bis Juni die Sammlung des einschlägigen Materials in die Wege zu leiten, oder auf andere Weise dienstunfähige Unterlagen für die weiteren Arbeiten des Ausschusses zu beschaffen. Als Referenten wurden bestimmt der Reichsinnenminister, der Reichsfinanzminister und Reichsminister a. D. Hamm, der bayerische Ministerpräsident Feld, der preussische Ministerialdirektor Brecht, sowie der Ministerialdirektor Pöschel-Bestler von der sächsischen Gesandtschaft in Berlin. Reichsregierung und auch Länderregierungen erklärten sich bereit, ihre zuständigen Dienststellen anzuweisen, diese Materialsammlung in jeder Hinsicht zu unterstützen. Die Regierungen von den fünf großen deutschen Ländern Sachsen, Preußen, Bayern, Württemberg und Hessen wurden ersucht, und erklärten sich bereit, die Materialbeschaffung für Punkt 3 (die spezielle Verwaltungsreform) zu übernehmen. Dazu tritt in der Materialbeschaffung die Mitarbeit des Reichsfinanzministers und des Reichspar-Kommissars. Für Sachsen wird die Vorarbeiten zur Verwaltungsreform der sächsische Innenminister Prof. Apelt übernehmen, der im übrigen zu dem gesamten Fragenkomplex unter 3 die Berichterstattung vor der Länderkonferenz übernommen hat.

Die Beschlüsse wurden einhellig gutgeheißen. Die Diskussion beschränkte sich lediglich auf Fragen der Geschäftsordnung. Gegen 5,15 Uhr nachmittags wurden die Beratungen geschlossen.

Berlin, 4. Mai. Wie in politischen Kreisen verlautet, hatte die Reichsregierung den Ausschuß für Verfassungs- und Verwaltungsreform jetzt noch einberufen, um die Arbeiten nicht in den Herbst hinein zu verzögern, sondern die Zwischenzeit bis zur Bildung einer neuen Regierung für die sachlichen Arbeiten des Ausschusses auszunutzen zu können. Von Interesse ist aus den heutigen Verhandlungen noch, daß der Reichsfinanzminister darauf verzichtet hat, in politischen Fragen durch seine Stimme den Ausschlag zu geben. Außerdem wurde noch vereinbart, daß auch der Stellvertreter des Reichsfinanzministers ständig an den Sitzungen teilnehmen kann, ebenso die Stellvertreter anderer Minister, um es ihnen zu ermöglichen, daß sie ständig über die Fortschritte der Untersuchungen im Bilde sind. Jedoch ist die Stellungnahme eines Ministers in diesem Ausschuß keineswegs für sein Ressort bindend. Auf der anderen Seite bedeutet aber die Entsendung von Ministern in die heute neu gebildeten Untergremien keineswegs, daß nach der Reorganisation der Regierung nach den Wahlen dieselben Herren weiter in dieser Funktion bleiben. Vielmehr werden dann ihre Nachfolger aus der neuen Regierung die Aufgabe übernehmen. Wenn in dem amtlichen Bericht über die heutige Sitzung gesagt wird, daß die Länder die Mitarbeit ihrer Behörden zur Verfügung stellen werden, so hat das den Sinn, daß auf diese Weise auch die kleineren Länder bei den weiteren Arbeiten beteiligt werden sollen, so daß alle wichtigen und wertvollen Kräfte ausgenutzt werden.

Ein deutsch-mexikanisches Zusatzabkommen zu dem am 18. März 1925 abgeschlossenen Abkommen über die Regelung deutscher Ansprüche auf mexicanischen Revolutionsschäden ist am 14. April in Mexiko ratifiziert worden.

Der Schiedsspruch in der oberösterreichischen Metallindustrie angenommen. Der in der oberösterreichischen Metallindustrie gefällte Schiedsspruch ist von beiden Parteien angenommen worden.

Rudolstadt — Baldonnel — Neunport.

Der geplante Ozeanflug Rissicz — Dillenz.

Warum sich Rudolstadt beteiligt.
Rudolstadt, 4. Mai. Der Oberbürgermeister von Rudolstadt, Dr. Moll, beehrte die Pressevertreter gegenüber, daß Rudolstadt sich entschlossen habe, sich an dem Ozeanflugprojekt des Piloten Eduard Rissicz und der Wiener Schauspielerin Frau Willi Dillenz finanziell zu beteiligen. Zu dieser Unterstützung eines neuen deutschen Ozeanfluges waren, wie Oberbürgermeister Moll ausführte, für die Stadt verschiedene Beweggründe maßgebend. Einmal sei Rudolstadt Hauptaktionärin der Saale- und Schwarzafl.-A.-G., die den Flugplatz Rudolstadt-Saalfeld unterhält, und zwar in Gemeinschaft mit einigen noch anderen öffentlichen Körperschaften. Ferner habe der in Rudolstadt stationierte Verkehrsflugplatz Bader der Nordbairischen Flugverkehrs-Gesellschaft, der die Strecke Rudolstadt-Erfurt bestreift und der als zweiter Pilot bei dem neuen Ozeanflug in Betracht kommt, die Stadtverwaltung von der Möglichkeit einer finanziellen Beteiligung zu überzeugen gesucht. Rudolstadt dürfe mit Recht erwarten, daß bei dem Zustandekommen des zweiten deutschen Transozeanfluges in östlicher Richtung im Hinblick auf den in Rudolstadt erfolgten Start der Ozeanmaschine ein großer Fremdenzufluß nach dem Schwarzafl. einsehen würde. Da sicherlich in- und ausländische Pressevertreter in großer Zahl dem Start in Rudolstadt beiwohnen würden, dürfte sich für die Stadt eine nicht so leicht wiederkehrende Gelegenheit zu einer wirkungsvollen Propaganda für die landschaftlichen Schönheiten dieser Gegend ergeben. Aus diesen Erwägungen heraus will also die Stadt Rudolstadt dem Unternehmen der Wiener Schauspielerin Dillenz, die ihrerseits bekanntlich wieder für gewisse Wiener Bankengruppen tätig ist, ihre tatkräftige Unterstützung leisten. Immerhin scheinen in den Verhandlungen mit den Junkernwerken die letzten Schwierigkeiten noch nicht ganz aus dem Wege geräumt zu sein. Die von Rissicz und Frau Dillenz zu benutzende Maschine, die „Europa“, ist bis jetzt noch nicht angekauft worden. Angesichts dieses Standes der Angelegenheit sind Angaben über den Zeitpunkt des Starts noch verfrüht. Man hofft in Rudolstadt nur, daß mit den Probeflügen auf dem dortigen Flugplatz am Sonnabend begonnen werden kann. Der Pilot Rissicz selbst ist bis jetzt noch nicht in Rudolstadt gewesen, um sich ein Urteil über die Stützbedingungen zu bilden. Die Beteiligung von Rudolstadt an dem Ozeanflug soll auch äußerlich dadurch zum Ausdruck gebracht werden, daß der Rumpf der „Europa“ die Aufschrift „Rudolstadt-Baldonnel-Neunport“ tragen wird.

Das Raketenflugzeug kommt nach Leipzig.

Leipzig, 4. Mai. Wie gemeldet wird, ist zwischen dem Wiener Anton Raab, der Leipziger Luftschiff- und Flugplatz-A.G. und dem Leipziger Verein für Luftfahrt und Flugwesen, e. V., am Freitag verhandelt worden mit dem Ergebnis, daß Raab das zurzeit im Bau befindliche Raketenflugzeug im August dieses Jahres auf dem Flughafen Leipzig-Mockau vorführen wird.

Schiffahrt und Ozeanflug.

Die Ansichten des Norddeutschen Lloyd.
(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 3. Mai. Der Direktor des Norddeutschen Lloyd, Geheimrat Stummig, äußerte sich in einer Unterredung mit einem Zeitungsvertreter über das Problem der Verbindung von Schiffahrt und Ozeanflug. Geheimrat Stummig betonte zunächst die große Bedeutung der Tatsache, daß wir in Deutschland mit dem Junkersmoirer jetzt einen Motor besitzen, der den Anforderungen eines mehrjährigen unterbrechungslosen Fluges bei harter Beanspruchung zu entsprechen vermag. Trotzdem ständen wir noch nicht kurz vor der Eröffnung eines Verkehrsfluges über den Ozean. Im Gegenteil. Der Flug von Röhrl, Hünefeld und Hymauree habe gezeigt, wie groß heute noch der persönliche Einsatz bei einem derartigen Unternehmen sei. Ueber den Gedanken der Verbindung von See- und Luftverkehr äußerte sich Stummig dahin: Ich könnte mir denken, daß der Erfolg der „Premer“ uns zu dem Versuch führt, sodann zunächst einmal das halbe Programm durchzuführen, d. h. von unseren Dampfern aus Flugzeuge starten zu lassen, nachdem die Hälfte der Reise zurückgelegt ist. Auf diese Weise könnten wir a. B. die Verbindung auf der Strecke Neunport-Bremen auf 2 1/2 bis 3 Tage reduzieren. Das wäre schon ein erheblicher Zeitgewinn. Wir haben ein starkes Interesse an der Weiterarbeit auf diesem Gebiete und werden mit allen anderen Kreisen, die in gleicher Richtung bemüht sind, zusammenarbeiten. Aber die Schiffahrt wünscht, daß der Ueberseeflug nur im freien Wettbewerb, nicht in monopolistischen Formen und am allerwenigsten unter behördlicher Kontrolle entwickelt würde. In einer Zusammenarbeit mit der Luftfahrt unter dieser Voraussetzung sei die Seeschiffahrt stets bereit. Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolge man die Pläne Cosenros mit dem im Bau befindlichen Zeppelin.

Die Landung der „Italia“ in Badsö.

Längerer Aufenthalt.
Badsö, 4. Mai. Die „Italia“ wurde zuerst über den Paranger Bergen gestrichet. Sie kam sehr schnell näher und kreuzte zweimal so niedrig über der Stadt, daß es ausfiel, als ob sie landen wolle. Sie ging dann aber wieder höher und nahm Kurs auf den hohen Ankermarkt. Um 9,10 Uhr ließ sie einen Teil des Gases ausströmen, warf dann Ballast ab und machte unmittelbar darauf am Ankermarkt fest. Alles ging allmählich vor sich. Der Himmel, der bei der Ankunft des Luftschiffes bewölkt war, war klar geworden es herrschte ruhiges Wetter. In der Stadt, wo alles auf den Beinen ist, wehen zur Begrüßung der Luftschiffer die Flaggen.
Badsö, 4. Mai. Die Witterungsverhältnisse zwischen Badsö und Spitzbergen nicht günstig sind und es in Green Harbour schnell, wird der Aufenthalt der „Italia“ hier sich über einen längeren Zeitraum als berechnet erweisen. Vielleicht wird es sich um einige Tage handeln. Bei der Bestimmung am Osternabend erhielt das Luftschiff einen kleinen Anker der Spitze. Abgesehen von dem letzten Teil der Fahrt, wo es schneite und ziemlich kühlte, hat die „Italia“ auf der Reise gutes Wetter. (W.T.G.)